

Der Moskauer Botschafter Kroll berichtete getreulich nach Bonn, der sowjetische Premier habe gelegentlich der Briefübergabe „herzliche Grüße“ an den Kanzler bestellt. Die Beziehungen zwischen beiden Ländern, so habe Chruschtschow wörtlich gesagt, sollten „nicht nur gut, sondern freundschaftlich“ werden.

Die spärlichen Nachrichten, die man über diesen Bericht hörte, inspirierten die Nachrichtendeuter zum kühnen Schluß: Adenauer wolle nach Moskau reisen. Kommentar des Außenamtes: „Es ist unbegreiflich. In den Beziehungen zwischen Bonn und Moskau hat sich nichts Neues ergeben.“

Tatsächlich hatte Chruschtschow bei seinem Gespräch mit Botschafter Kroll trotz unverbindlicher Freundlichkeiten die sowjetischen Forderungen gegen Westberlin und nach zwei getrennten Friedensverträgen mit West- und Ostdeutschland noch einmal ungerührt bekräftigt.

Die Phantasiegewächse der Kanzlerinterpreten trieben neue Blüten, als der Bonner Allzweck-Minister von Merkatz im Auftrage Adenauers dem Bonner Sowjet-Botschafter Smirnow das Bedauern der Bundesregierung übermittelte, nachdem Smirnow beim deutsch-afrikanischen Palaver in der Beethoven-Halle dem Festredner Ludwig Erhard lauthals ins Wort gefallen war. Kombinierten die Tagesdeuter: Adenauer suche bessere Beziehungen zu Moskau.

In dieser optimistischen Stimmung mußte das wohlwollende Urteil Adenauers über Chruschtschow in Hilde Purwins — vom Kanzler zensierten — Interview als überzeugendes Indiz für Adenauers „neue Ostpolitik“ herhalten: „Ich glaube, daß sich mit Herrn Chruschtschow reden läßt. Er ist ein anderer Mann als Stalin, und er verfolgt andere Ziele für das russische Volk.“

Diese Kanzlerworte lasen sich wahrhaft anders, als was Adenauer drei Jahre vorher — zu Lebzeiten seines großen amerikanischen Mentors Dulles — von sich gegeben hatte: „Malenkov ist ein Mann, mit dem man reden kann. . . Er ist ein Mann, der Realitäten in Rechnung stellt. . . Chruschtschow dagegen ist ein Mann, der von diesen Dingen nichts weiß und nichts versteht, ein brutaler Kämpfer.“

Das war, bevor Chruschtschow die Pariser Gipfelkonferenz mit äußerster Härte sprengte, bevor er seine spektakuläre Pariser Pressekonferenz hielt und bevor er in der Uno drei Wochen lang mit dem Schuh in der Hand philosophierte.

Einen ähnlichen Purzelbaum schlug der Kanzler in Sachen Interzonen-Handel. Nachdem das Interzonen-Handelsabkommen am 30. September aus Protest gegen die Berlin-Schikanen Panows gekündigt worden war, galt als selbstverständlich, daß man nach Silverster nur noch Handel mit der DDR treiben wolle, wenn sie von weiteren Behinderungen des Berlin-Verkehrs ablasse und die Paßkontrollen für Westdeutsche, die in den Ostsektor wollen, wieder außer Kraft setze.

Diese Bedingungen waren vom Sprecher der Bundesregierung ausdrücklich gestellt worden.

Der Kanzler aber, zu Frau Purwin: „Mit starren Vorbedingungen kommen wir nicht weiter.“

Frage in der Bundespressekonferenz: „Welche Vorbedingungen sollen denn nicht gestellt werden?“ Eckardt: „Starre Vorbedingungen.“ Frage: „Was sind starre Vorbedingungen?“ Eckardt: „Das ist das Gegenteil von einer flexiblen, oder wie es heißt einer elastischen Verhandlungsmethode.“

Konrad Adenauer hat denn auch seine Unterhändler ausdrücklich angewiesen, keinerlei Vorbedingungen mehr zu stellen.

WESTPOLITIK

Adenauer ante portas

Die Sorge, bei der bevorstehenden Eröffnung des neuen amerikanischen Zeitalters nur noch einen Platz mit beschränkter Einsicht zu erhalten, hat Bundeskanzler Adenauer nach der Wahl John F. Kennedys zum amerikanischen Präsidenten veranlaßt, sich auf eines seiner ausgeprägtesten politischen Talente zu besinnen: auf seine Unverfrorenheit.

Ungeniert und frei von konventionellen Bedenken, zunächst eine Einladung abzuwarten, lud sich der Bundeskanzler für Mitte Februar nächsten Jahres zu Kennedy ins Weiße Haus nach Washington ein. Ohne die Ansicht ame-

rikanischer Stellen oder des Auswärtigen Amtes über diesen Besuch eingeholt zu haben, gab Adenauer vor ausländischen Zeitungsleuten in Bonn bekannt, er werde eine Tagung des „American Council on Germany“ in Washington benutzen, um bei Eisenhowers Nachfolger vorbeizuschauen.

Obwohl Pressechef Felix von Eckardt sich später bemühte, die unverblümte Selbsteinladung gefällig zu garnieren — Eckardt: der von Adenauer genannte Besuchstermin liege durchaus noch nicht fest —, war das Befremden über die Eile des Kanzlers in Kennedys Umgebung größer als die Bereitwilligkeit, dem alten Herrn aus Bonn wegen früherer Verdienste um die Verteidigungsanstrengungen der westlichen Welt einiges zugute zu halten.

Der Washingtoner FAZ-Korrespondent Jan Reifenberg faßte den Eindruck zusammen, den der deutsche Drang, immer vorneweg zu sein, in Amerika hinterließ: „Das (Bonner politische) Stilgefühl entsprach nicht den amerikanischen Vorstellungen. . . War schon die Antwort des neugewählten Präsidenten in dessen erster Pressekonferenz bezüglich eines Adenauer-Besuchs ausweichend, so mußte die Form, in der dessen angebliches Datum (nach Amerika) herüberlötete, befremden. Sie löste den Eindruck aus, als bestünde in Bonn ein Mißtrauen.“

Dieser Eindruck war den Kennedy-Beratern allerdings nicht neu: Eine ähnlich unglückliche Hand im Umgang mit den neuen Herren Amerikas hatten bundesrepublikanische Regierungspolitiker vier Wochen vorher, Mitte Oktober, schon einmal gehabt.

Damals — drei Wochen vor der amerikanischen Präsidentenwahl — war in der Umgebung des Bundesverteidigungsministers Strauß eine drei Schreibmaschinenseiten lange sogenannte Denkschrift samt neun Seiten Dokumentenanhang („Eine Übersicht zur Frage der US-Außenpolitik im Falle eines Wahlsieges Kennedys“) angefertigt worden, mit der die Anfälligkeit Adlai Stevensons, eines der außenpolitischen Berater John Kennedys, für suspektes Disengagement-Pläne und ähnliche Ketzereien nachgewiesen werden sollte.

Die Ausarbeitung, dazu bestimmt, die schrecklichen Folgen eines Kennedy-Sieges aufzuzeigen, entsprach bewährtem Bonner Stil: Mittels fleißig zusammengetragener Zeitungsausschnitte wurde „Eierkopf“ Stevenson mit jener antikommunistischen Elle gemessen, die in Westdeutschland von Vereinen wie „Rettet die Freiheit“ an alle außenpolitischen Konzeptionen angelegt wird, sobald sie vom schlichten CDU-Schema abweichen.

So wurde im Dokumentenanhang der Denkschrift, an der auch Diplomaten des Auswärtigen Amtes mitgewirkt haben, als „aufschlußreich“ für die finsternen Machenschaften des Kennedy-Beraters Stevenson vermerkt: „Laut ‚United States News and World Report‘ vom 6. Juni 1960 erklärte der Bürgermeister von San Francisco nach Rückkehr von einer Reise durch die Sowjet-Union (mit Besuch im Kreml): ‚Mr. Chruschtschow brachte seine Bewunderung für Mr. Stevenson zum Aus-



Kennedy-Berater Stevenson
Gruseln im Kabinett

druck und sagte, 'Stevenson sei eine der fähigsten Persönlichkeiten'."

Dem Amerikaner wurde in der Denkschrift auch nachgesagt, daß er Chruschtschows Auftritt vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen in New York angeregt habe. Zwar mußten die Bonner Denkschriftsteller einräumen, Stevenson habe nach einer Unterredung mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten 1958 lediglich von der Möglichkeit gesprochen, daß Chruschtschow nach New York zur Uno komme, aber: „Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß der Gedanke einer Teilnahme Chruschtschows von Stevenson nahegebracht worden ist.“

Auf der vorletzten Seite des Dokumentenanhangs wurde schließlich deutlich, warum Stevenson, dessen mögliche Ernennung zum US-Außenminister in den Bonner Amtsstuben Frösteln verursacht, am Rhein besonders schlecht gelitten ist. Ausführlich wurde auf Seite acht aus einer Rede Stevensons im Mai 1959 vor der Universität von Illinois eine Deutschland-Konzeption zitiert, die der außenpolitische Berater Kennedys auch seither noch verschiedentlich öffentlich entwickelt hat.

Danach tritt Adlai Stevenson — ohne Rücksicht auf die heiligsten Güter der bundesrepublikanischen Nation — dafür ein, die Verteilung und Stärke der ausländischen Garnisonen in Berlin und Deutschland (auch ihren schrittweisen Abzug), die Frage einer atomaren Bewaffnung der Bundeswehr, die Errichtung von atomfreien Zonen in Mitteleuropa und die Frage der deutsch-polnischen Grenze nicht als Tabus zu behandeln, sondern freimütig mit den Sowjets zu diskutieren.

Stevenson rührte mit diesen Auffassungen ohne Zweifel respektlos an unverrückbaren Grundsätzen der Adenauer-Dulles-Achse, ähnlich respektlos, wie er sich auch schon über die Person des Bundeskanzlers geäußert hat, den er bissig den „Außenminister Amerikas seit zehn Jahren“ nannte.

Um zu verhindern, daß diese Anschwärmereien als Gruseffekt nur in christdemokratischen Zirkeln Bonns Verbreitung fänden, wurde dem Bonner Vertreter des amerikanischen Blattes „Baltimore Sun“ eine Kopie der Denkschrift samt Anhang zugespielt: Am 20. Oktober erschien denn auch in der „Baltimore Sun“ ein einschlägiger Bericht des Korrespondenten Bynum Shaw unter der Überschrift: „Nixon ist für die Deutschen akzeptabler.“

Der bundesrepublikanische Botschafter in Washington, Wilhelm Grewe — der amerikanischen Wirklichkeit näher als die Bonner US-Wahl-Beeinflusser —, versuchte in einem Leserbrief an die „Baltimore Sun“ am 22. Oktober die Panne zu reparieren: Das von dem Blatt erwähnte Bonner Schriftstück sei keinesfalls ein offizielles Dokument gewesen.

Bynum Shaw, der Bonner Korrespondent der „Sun“, wollte es allerdings nicht auf sich sitzen lassen, seine Leser falsch informiert zu haben. Am selben Tag, an dem Botschafter Grewe jeden bundesrepublikanischen Gedanken an eine Bonner Einflußnahme auf die amerikanischen Wahlen zurückwies, meldete Shaw aus Bonn: „Die (Stevenson-)Analyse existiert.“

Die Beziehungen zwischen dem Kennedy-Stab und dem amtlichen Bonn wa-

ren unter diesen Umständen, noch bevor sie aufgenommen worden waren, denkbar schlecht. Konrad Adenauer konnte daher mit seiner Selbsteinladung ins Weiße Haus amerikanische Anschauungen über deutsche Sitten der internationalen Politik nur noch vertiefen.

Kennedys Mitarbeiter — gewillt, neue Ideen auch für den Umgang mit Bonn zu entwickeln — erwägen nach dieser ersten Bekanntschaft mit bundesrepublikanischen Umgangsformen, für Adenauers Antrittsvisite bei Kennedy einen besonders großen Rahmen zu wählen. Ihr Einfall basiert darauf, daß sich im Frühjahr neben Konrad Adenauer auch Willy Brandt, Erich Mende und andere führende deutsche Politiker in Washington einstellen wollen, um ihre knappe Zeit den Diskussionen des „American Council on Germany“ zu widmen.

In Kennedys Stab denkt man daran, alle deutschen Verbündeten, die sich zuhauf bei dem neuen Präsidenten angemeldet haben, in einer Massenaudienz zu empfangen.

BLANK

Dem Feind geholfen

Zwei Herren entstiegen dem schwarzen Regierungsdienstwagen und eilten durch das Portal des Bonner Bundeshauses: Ministerialrat Dr. Hans Schmatz aus Theodor Blanks Arbeitsministerium und ein Mitarbeiter strebten jenem Sitzungssaal zu, in dem gerade der Arbeitskreis IV — Sozialpolitik —



Formulierer Schmatz
Mehr aus Jokus

der SPD-Bundestagsfraktion konferierte. Tagesordnung des Arbeitskreises: die Abfassung von Gesetzesanträgen gegen Theo Blanks Gesetzentwurf zur Krankenkassenreform. Aufgabe der Besucher aus dem Hause Blank: Hilfe bei der Formulierung des Antrags.

Initiator dieser kuriosen Szene vom 28. Oktober war der Vorsitzende des SPD-Arbeitskreises, Professor Dr. Ernst Schellenberg. Er hatte zwei Tage zuvor den Bundesarbeitsminister im Plenarsaal des Parlaments gefragt: „Entspricht es den Tatsachen, daß Beamte des Bundesarbeitsministeriums seit Wochen damit beschäftigt werden, für die Fraktion der CDU/CSU Anträge auf Abänderungen des Regierungsentwurfs zur Neuregelung der gesetzlichen Krankenversicherung zu formulieren?“



Schellenberg

Darauf Arbeitsminister Blank: „Es entspricht den Tatsachen, daß Beamte des Bundesarbeitsministeriums Abgeordneten und Gruppen von Abgeordneten der CDU/CSU-Fraktion Formulierungshilfe leisten.“

Solche Entwicklungshilfe hatte das christdemokratische Gegenstück zu Schellenbergs Gremium, der Arbeitskreis IV der CDU-Fraktion, bitter nötig. Unter dem Dauerfeuer der deutschen Ärzteschaft mußten die Arbeitskreisleiter Blanks Gesetzentwurf, der eine Selbstbeteiligung der Patienten an den Krankheitskosten vorsieht und vom Bundeskabinett längst verabschiedet ist, durch einen neuen Entwurf ohne Selbstbeteiligung ersetzen (SPIEGEL 40/1960).

Nun wäre es zwar allein Sache der Fraktion gewesen, die sperrige Gesetzesmaterie in praktikable und juristisch einwandfreie Form zu bringen. Da jedoch auch Konrad Adenauer inzwischen den Blank-Entwurf nicht mehr goutierte, stand der Minister nicht an, seine Beamten in der CDU-Fraktion gegen die eigenen Reformpläne wirken zu lassen.

So weiß Ernst Schellenberg zu berichten, daß in einer der letzten Oktoberwochen sieben Blank-Beamte im Arbeitskreis der CDU damit beschäftigt waren, den gesetzesunkundigen Abgeordneten bei der Formulierung der Änderungsanträge zur Hand zu gehen. Höhnt Schellenberg: „Es war blamabel mitanzusehen, wie die CDU im Ausschuß manchmal gar nicht in der Lage war, ihre eigenen Anträge zu begründen.“

Solche Verwirrung der christlichen Gesetzesmacher wurde durch einen anderen Umstand noch gesteigert: Auch die Funktionäre der Kassenärztlichen Bundesvereinigung des streitbaren Dr. Friedrich Voges dienten ihre Formulierungskünste an. Immer dann, wenn ihnen ein Vorschlag der Blank-Beamten nicht gefiel, reichten die Experten des Dr. Voges ihre eigenen Entwürfe gebrauchsfertig an die CDU-Fraktion.

Bei so überreicher Hilfe konnte es kaum verwundern, daß die meisten CDU-Anträge zur Reform des Kassenarztrechts noch nicht im Sozialpolitischen Bundestagsausschuß eingebracht worden sind — die Volksvertreter rin-